

Prinzipielle Verfügbarkeit und strategische Transparenz

Zur Rolle von Dokumenten aus politischen Prozessen in Forschungsdesigns

Stefan Groth

1. Einleitung

Immer häufiger werden Forderungen nach erhöhter Transparenz von politischen Prozessen und nach einer gesicherten Verantwortlichkeit politischer Entscheidungen (Accountability) erhoben. Zwar sind solche Forderungen durch zivilgesellschaftliche Akteure oder politische Gegenspieler nicht neu, in ihrer Intensität und in ihrem Umfang sind sie jedoch gestiegen. Hierzu tragen unter anderem die Möglichkeiten der Digitalisierung bei, durch die Dokumentationen von Entscheidungsprozessen einem größeren Publikum – darunter auch Forscher/innen – einfacher zugänglich gemacht werden können. So wurde zum Beispiel im Rahmen der Live-Übertragung der Schlichtungsgespräche zum Großprojekt „Stuttgart 21“ durch den

öffentlich-rechtlichen Sender Phoenix¹ eine Begeithomepage eingerichtet, auf der die umfangreiche Dokumentation der Planungen, Expertenberichte sowie auch Wortprotokolle der einzelnen Sitzungen zur Verfügung gestellt wurden.² Als Reaktion auf Vorwürfe der Intransparenz unterscheiden sich die veröffentlichten Dokumente und weiteren Informationen zu diesem Planungsprozess von früheren Fällen sowohl in ihrer Dichte als auch in der zeitlichen und räumlichen Verfügbarkeit: Man musste weder vor Ort sein, noch lange warten, um einen Einblick in das Verhandlungsgeschehen zu erhalten. Vor dem Hintergrund einer „audit culture“³, in der die inhaltliche und formale Prüfung von

1 <https://www.presseportal.de/pm/6511/1705294>.

2 <http://www.schlichtung-s21.de>.

3 Vgl. Strathern: Audit Cultures.

Abläufen und Entscheidungen eine große Rolle einnimmt, dient die Transparenz und Dokumentation solcher Prozesse nicht nur der Absicherung rechtlicher oder demokratischer Prinzipien oder ermöglicht eine größere Beteiligung. Zudem – darauf weist unter anderem Marilyn Strathern hin⁴ – bedeutet die Nachvollziehbarkeit von Abläufen und Zuständen auch größere Kontrollmöglichkeiten, durch die Vergleichbarkeit hergestellt wird und Prozesse vermessen, rationalisiert und standardisiert werden können. Im Fall von „Stuttgart 21“ führte dies dazu, dass die Gegner/innen des Großprojektes einige ihrer Forderungen durchsetzen konnten, da sie zu effizienteren und günstigeren Lösungen führten. Deutlich wurde am Schlichtungsverfahren jedoch, wie wesentlich Expertenmeinungen, Gutachten und Spezialwissen in solchen Auseinandersetzungen sind: Faktoren wie der hohe Bildungsgrad der Protestierenden,⁵ deren Kenntnis politischer Prozesse wie auch die Fähigkeit, Expertenwissen zu mobilisieren, spielten für ihren Teilerfolg bei „Stuttgart 21“ eine große Rolle. Für regionale Bürgerbeteiligungsverfahren ist dieser Zusammenhang sowie die Bedeutung von Kompetenz generell hervorgehoben worden.⁶ Dies heißt im Umkehrschluss, dass ohne diese Kompetenz die Beteiligung auch der oberflächlichen Einbindung kritischer Stimmen und der Legitimierung von Verfahren dienen kann und weniger auf die Berücksichtigung unterschied-

licher Akteur/innen abzielt. Die Transparenz von Verfahren und deren Dokumentation sind entsprechend nicht Selbstzweck, sondern können unter Umständen genutzt werden, um Forderungen nach Beteiligung und Berücksichtigung von Interessen zwar prozedural zu entsprechen, inhaltlich jedoch mit Verweis auf Expertisen und Standards zurückzuweisen. Die Wirkmacht einer solchen strategischen Transparenz sowie die Rolle von scheinbar objektiven Indikatoren⁷ als Mittel zur Legitimation für nationale und internationale Institutionen und Unternehmen⁸ verdeutlichen, dass mit dem Einblick in politische Prozesse keine neutrale Vermittlung von Informationen geleistet wird.

Dies betrifft auch den Status von Dokumenten, die im Zuge solcher Bemühungen um Transparenz und Accountability vermehrt und in größerem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Die prinzipielle Tatsache, dass mehr Dokumente vorliegen, die neue Einblicke in Prozesse bieten, die bislang entweder nur schwer zugänglich oder gänzlich intransparent waren, ist nicht nur aus Sicht beteiligter Akteur/innen, sondern auch für Wissenschaftler/innen positiv zu werten. So sind als Effekt von Digitalisierungsmaßnahmen zum Beispiel Dokumente, die bereits prinzipiell verfügbar waren, schneller und einfacher einsehbar; der Archivbesuch am Standort einer Institution kann in vielen Fällen zugunsten der Online-Recherche entfallen. Eine Potenzierung von Quellen und Daten über politische Prozesse bringt allerdings auch das Pro-

4 Strathern: *Tyranny of Transparency*; vgl. auch Shore/Wright: *Governing by Numbers*.

5 Vgl. Göttinger Institut für Demokratieforschung: *Neue Dimensionen des Protests*, <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf>.

6 Vgl. Walter/Butzlaff/Marg/Geiges: *Macht der Bürger*.

7 Für die Europäische Union vgl. unter anderem Thedvall: *Negotiating Impartial Indicators*; für die Vereinten Nationen vgl. unter anderem Freistein: *Effects of Indicator Use*.

8 Garsten/Jacobsson: *Transparency and Legibility*.

blem der Handhabbarkeit mit sich: So werden zur Vorbereitung und Dokumentation von Verhandlungen im Rahmen internationaler Organisationen wie der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) zum Teil mehrere hundert Seiten Material pro Sitzung produziert,⁹ die gewichtet und in ihrer tatsächlichen Relevanz für die multilateralen Prozesse verstanden werden müssen. Ganz ähnlich sieht dies mit den Dokumentenregistern der Europäischen Union aus, die vertraglich nach Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zur Veröffentlichung von Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission verpflichtend sind.¹⁰ Für die unterschiedlichen Gegenstandsbereiche der EU-Organe liegt damit eine Fülle von Dokumenten vor, die in den meisten Fällen direkt zugänglich sind, die heruntergeladen und deren Volltexte durchsucht werden können.¹¹ Auch hier ist angesichts der Menge an potenziell relevanten Dokumenten zunächst unklar, welche Dokumente für die politischen Prozesse wichtig sind oder Relevanz erlangen können. Die ethnografi-

sche Kontextualisierung von Dokumenten und die Befragung involvierter Akteur/innen können hilfreich sein, um zentrale Dokumente zu identifizieren. So kann zum Beispiel die Wichtigkeit bestimmter zentraler Dokumente oder Verordnungen für Forschungsfelder und die relative Irrelevanz anderer Dokumente erst über eine in die Tiefe gehende Forschung gezeigt werden.¹² Daran schließt die Frage an, in welcher Beziehung solche zentralen Dokumente zu anderen Texten stehen, ob sie also beispielsweise auf diese aufbauen, sie ergänzen oder eher davon abgegrenzt sind – unter Umständen verweisen solche Verknüpfungen zwischen Dokumenten dabei auf Verbindungen zwischen unterschiedlichen Organisationen oder Ebenen, die ethnografisch nachverfolgt werden können. Thematisiert werden muss in diesem Zusammenhang auch die Zeitlichkeit von Dokumenten: Wie lange werden sie überhaupt referenziert, ab welchem Zeitpunkt verringert sich ihre Relevanz und wie werden sie durch neue Texte und Prozesse überlagert? Vor den Problemen der Handhabbarkeit und Relevanz stehen nota bene aber nicht nur Forscher/innen, sondern auch politische Akteur/innen selbst: Die Menge führt zum Teil dazu, dass Sitzungsdokumente teils nur kursorisch, teils nicht gelesen werden.¹³ Die grundlegende Kenntnis der Verhandlungspositionen, -fortschritte und -hintergründe sowie Sitzungsdynamiken und externe Informationen vermö-

9 Hierbei kann es sich neben grundlegenden Entwürfen internationaler Verträge um Stellungnahmen von Mitgliedsstaaten, um die Dokumentation des Verhandlungsprozesses, um inhaltliche Anträge oder um Definitionsvorschläge handeln. Eine beispielhafte Übersicht über online verfügbare Dokumente einer Sitzung eines WIPO-Komitees findet sich unter http://www.wipo.int/meetings/en/details.jsp?meeting_id=46445; vgl. zur Ethnografie solcher Verhandlungen der WIPO: Groth: *Negotiating Tradition*.

10 Für das Dokumentenregister des Europaparlaments vgl. <http://www.europarl.europa.eu/RegistreWeb/home/welcome.htm?language=EN>, für die Europäische Kommission vgl. <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc>; für den Europarat <http://www.consilium.europa.eu/en/documents-publications>.

11 Ausnahmen bilden als vertraulich eingestufte Dokumente, für die der Zugang schriftlich begründet und beantragt werden muss.

12 Vgl. etwa am Beispiel einer EU-Verordnung zu geografischen Herkunftsangaben May/Sidali/Spiller/Tschofen: *Geographische Herkunftsangaben*.

13 Aussage einer Verhandlungsteilnehmerin der elften Sitzung des Intergovernmental Committee on Intellectual Property and Genetic Resources, Traditional Knowledge and Traditional Cultural Expressions der WIPO, Genf, Februar 2008, Feldtagebuch S. G.

gen dies oftmals zu kompensieren – wenn neue zentrale Dokumente aufscheinen, erfahren involvierte Akteure davon auch auf anderen Wegen. Für Forscher/innen gilt dies wohl nur in Ausnahmefällen, was beim Einbezug von Dokumenten in Forschungsdesigns in Feldern, die durch politische Prozesse beeinflusst werden¹⁴, berücksichtigt werden muss.

Dieses Nicht-Lesen von Dokumenten verweist nicht unbedingt auf eine Überforderung, ein mangelndes Engagement oder fehlendes Interesse an den jeweiligen Prozessen, sondern darauf, dass der konkrete Inhalt von Dokumenten weniger wichtig sein kann als die sozialen Funktionen von Dokumenten in multilateralen Organisationen wie der WIPO und generell in politischen Prozessen.¹⁵ Als „ethnographic artefacts“¹⁶ sind Dokumente eingebunden in die soziale Reproduktionen von Organisationen, in der neben der Vermittlung von konkreten Inhalten und Informationen zwischen Orten und Gruppen¹⁷ auch andere Funktionen erfüllt werden: Dokumente strukturieren Abläufe¹⁸, etablieren Sichtweisen auf Sachverhalte¹⁹ oder gewähr-

leisten den sozialen Zusammenhalt zwischen Akteuren²⁰. Bei der Produktion und Zirkulation von Dokumenten handelt es sich nicht um den „neutralen“ oder „transparenten“ Austausch von Informationen, sondern um strategische Koproduktionen und Interaktionen mit Dokumenten. Solche sozialen Funktionen können situativ wichtiger als deren Inhalt werden. Diese sozialen und politischen Funktionen von Dokumenten erstrecken sich überdies auf deren Verfügbarkeit: Nicht nur was in Dokumenten steht, sondern auch wie sie oder wie sie nicht veröffentlicht werden, ist von Bedeutung. So gibt es für die Veröffentlichung von Dokumenten neben rechtlichen Vorgaben auch strategische und politische Gründe. Hierzu gehören ganz pragmatische Faktoren wie die Überlegung, dass in deutscher Sprache vorliegende Dokumente aus WIPO-Verhandlungen auch nationalen Gremien zur Vorlage präsentiert werden müssten. Auf die Forderung, neben Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Russisch und Chinesisch auch Deutsch als offizielle Sprache der Organisation einzuführen, wird daher verzichtet, da dies mit einem zu großem Arbeitsaufwand verbunden wäre und die Interessen Deutschlands in der WIPO in den meisten Fällen ohnehin durch die Europäische Union vertreten werden.²¹ Weitergehend kann die Geheimhaltung von Verhandlungsdokumenten als strategischer Vorteil gesehen werden. So ist bei den Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen

14 Es lässt sich letztlich argumentieren, dass dies auf alle Felder in unterschiedlichem Maß zutrifft, da alle Bereiche des Alltagslebens von politischen Steuerungsprozessen betroffen sind. Für Forschungen zu Klima-, Kultur- oder Migrationspolitik und die mit ihnen verbundenen Institutionen ist dies unmittelbar einleuchtend; aber auch Studien über Jugendkulturen, Breitensport oder Urbanisierungsprozesse sind mittelwie unmittelbar von politischen Institutionen und Prozessen beeinflusst, in deren Kontext Dokumente produziert, rezipiert und verhandelt werden.

15 Vgl. Prior: Using Documents; Smith: Things with Documents.

16 Riles: Documents, S. 1.

17 Bueger: Pathways to Practice, S. 389.

18 Abram: Contradiction.

19 Riles: Outputs.

20 Neumann: Speech.

21 Aussage eines deutschen Delegierten bei der elften Sitzung des Intergovernmental Committee on Intellectual Property and Genetic Resources, Traditional Knowledge and Traditional Cultural Expressions der WIPO, Genf, Februar 2008, Feldtagebuch S. G.

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) über einen langen Zeitraum hinter verschlossenen Türen diskutiert worden. EU-Parlamentarier und Bundestagsabgeordnete erhielten nur in einem separaten Raum Einsicht in Dokumente. Kopien und Mitschriften waren ebenso untersagt wie die mündliche Weitergabe der Inhalte.²² Auf Drängen zivilgesellschaftlicher Initiativen wurden die Verhandlungspositionen der Europäischen Union im Internet veröffentlicht²³ und schließlich sind umfangreiche Dokumente aus dem Prozess geleakt worden.²⁴ Die Kritik an den Geheimverhandlungen fokussierte insbesondere auf den Punkt, dass Öffentlichkeit und Stakeholder ohne Zugang zu den Verhandlungen vor vollendete Tatsachen gestellt werden würden und dass eine größere Transparenz erforderlich sei, um demokratischen Prinzipien zu genügen. Eine zu große Öffentlichkeit würde – so die Gegenposition – die Verhandlungen zu stark verkomplizieren. Die Diskussion um die TTIP-Verhandlungen zeigt, dass es je nach Position situativ ein Vorteil oder ein Nachteil sein kann, wenn Dokumente veröffentlicht werden. Zu berücksichtigen ist an dieser Stelle auch, dass sich die zeitnahe Publikation und freie Verfügbarkeit von Dokumenten auf Verhandlungsprozesse und somit auch auf die Produktion von Dokumenten selbst auswirken kann. Auch die weiter oben diskutierte strategische Transparenz kommt hier ins Spiel: Die teilweise Veröffentlichung von Dokumenten aus poli-

tischen Prozessen kann rhetorisch genutzt werden, um Forderungen nach einer vollständigen Transparenz zu entkräften. So kann dann zum Beispiel in Pressemeldungen der Europäischen Kommission getitelt werden, dass die „Europäische Kommission [...] ihre Transparenz-Zusagen in Sachen TTIP“ einlöst, ohne dass ein weitreichender Zugang zu den oder Einblick in die Verhandlungen gewährt werden muss.²⁵

Das Vorliegen und die prinzipielle Verfügbarkeit von Dokumenten aus politischen Prozessen erfordert im Kontext von Forschungsdesigns damit eine mehrfache Problematisierung, um solche Modalitäten der Veröffentlichung zu berücksichtigen und um Fehlschlüsse zu vermeiden – und dies sowohl bezüglich des Inhalts als auch der Funktion von Dokumenten. Im vorliegenden Beitrag soll daher beleuchtet werden, welche Rolle Dokumente aus politischen Prozessen in Forschungsdesigns spielen können und was bei deren Einbezug beachtet werden muss. Dazu wird zunächst (1.) die Verfügbarkeit von Dokumenten als möglicher Bias diskutiert und (2.) mit unterschiedlichen Politiken der Dokumentation in Beziehung gesetzt. Daran anschließend (3.) wird die vermeintliche Herstellung von Transparenz politischer Prozesse durch Dokumente und (4.) die daraus erwachsende Notwendigkeit zur Kontextualisierung zum Thema gemacht. Der Beitrag schließt (5.) mit einer Reflexion über die Temporalität von Dokumentation, über die Zusammenhänge zwischen Dokumenten auf unterschiedlichen inhaltlichen, räumlichen sowie zeitlichen

22 <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/01/2016-01-27-ttip-leseraum-im-bmwi.html>.

23 https://ec.europa.eu/germany/news/transparenz-bei-ttip-kommission-veroeffentlicht-verhandlungspositionen-aus-laufender-runde_de.

24 <https://trade-leaks.org>.

25 https://ec.europa.eu/germany/news/transparenz-bei-ttip-kommission-veroeffentlicht-verhandlungspositionen-aus-laufender-runde_de.

Ebenen und diskutiert die Konsequenzen für Forschungsdesigns.

2. Verfügbarkeit als Bias?

Eine erste Problematisierung der prinzipiellen Verfügbarkeit von Dokumenten aus politischen und anderen Prozessen ist genereller Natur und erstreckt sich auf alle Quellen, die in Forschungsdesigns und laufende Forschungen einbezogen werden. Der Rückgriff auf Daten im Forschungsprozess folgt einer einfachen Pragmatik der Verfügbarkeit, orientiert sich also zunächst in den meisten Fällen an verfügbaren Quellen jeglicher Art, die systematisch gesichtet werden oder zufällig in den Blick geraten. In einem ersten Schritt werden dadurch solche Dokumente zu Quellen, zu denen ein Zugang auch möglich ist. Das Wissen über die Existenz von Dokumenten, die für die Forschungsfrage von Bedeutung sind, kann dabei aus explorativen Forschungen oder aus der Sekundärliteratur stammen. Leicht auffindbare und direkt verfügbare Quellen finden schneller Eingang in den Forschungsprozess als solche, nach denen zuerst aufwändig gesucht werden muss oder die nur umständlich zu finden sind. Die Möglichkeit zu Online-Suchen nach Dokumenten, die oftmals volltextindiziert sind und damit bei der Recherche nach Schlagworten und Formulierungen aufscheinen, begünstigt das Finden von potenziell relevanten Quellen. Auch Dokumente aus Kontexten und Organisationen, die eigentlich nicht im Blick sind, können so gefunden werden. Die Auffindbarkeit und Zugänglichkeit von Dokumenten erhöht entsprechend die Wahrscheinlichkeit, dass sie als Quelle referen-

ziert werden. In seltenen Fällen kann auch das Fehlen von Dokumenten oder deren Nicht-Zugänglichkeit den Ausgangspunkt bilden, wenn also etwa ein Forschungsdesiderat thematisiert wird, dessen Bearbeitung durch neue, nicht erschlossene Quellen erleichtert werden kann. Insbesondere für historisch-archivalische Forschungen lässt sich ein solches Vorgehen konstatieren. Vielfach dienen solche Dokumente jedoch nicht als Hauptquelle, sondern werden insbesondere in gegenwartsorientierten empirischen Kulturwissenschaften als ergänzendes Material betrachtet, das im Forschungsdesign andere qualitative Zugänge wie Interviews und teilnehmende Beobachtungen flankiert. Damit geht eine spezifische Gewichtung von Archivbesuchen oder etwa Bemühungen um Zugriffe auf gesperrte Dokumente einher: Sofern Dokumente nur als ergänzende, also nicht notwendige Quellen betrachtet werden oder sie zur Illustration einzelner Punkte dienen, kann der Aufwand, sie zu erschließen, finanziell oder zeitlich als groß erachtet werden.

Diese Gewichtung kann auch als eine Art „Sättigungseffekt“ verstanden werden, bei dem bei vielen leicht auffindbaren und durchsuchbaren Dokumenten darauf verzichtet wird, Archivbesuche durchzuführen, Anfragen für gesperrte Quellen zu stellen, Feldforschung für Kontextualisierungen zu betreiben oder intensiver zu recherchieren. Eine Begrenzung auf leichter aufzufindende Dokumente kann in solchen Fällen eine Verzerrung darstellen, da keine inhaltsgeleitete, sondern eine pragmatische oder koinzidentielle Erschließung vorliegt. Die Entscheidung, welche Dokumente in den Forschungsprozess einbezogen werden, folgt dabei den unterschiedlichen Beschränkungen von Forschungsprozessen und

nicht den Logiken und Praktiken des Feldes. Mit der reinen Verfügbarkeit kann jedoch noch nichts über die Bedeutung von Dokumenten gesagt werden und es ist schwierig, deren Relevanz für das Forschungsfeld sowie bezüglich ihrer Beziehung zu anderen Dokumenten einzuordnen. Die Aussagen, die so über Dokumente getroffen werden können, sind begrenzt. Wie bei anderen Quellen auch ist daher eine Quellenkritik²⁶ notwendig, über die mögliche Fehlschlüsse vermieden werden können. Eine Pragmatik der Verfügbarkeit als potenzielles Problem tritt zwar bei anderen Zugängen auch auf, bei Dokumenten aus politischen Prozessen aber in besonderer Weise. Logiken der Recherche, die ein Verfügbarkeitsparadigma nicht reflektieren, das nur gefundene Dokumente einbeziehen, aber damit noch keine Aussagen über nicht gefundene Quellen treffen kann, sind hier damit konfrontiert, dass Dokumente aus bestimmten Intentionen und zu spezifischen Zwecken verfügbar gemacht werden können.

3. Politiken der Verfügbarkeit

Es gilt damit, unterschiedliche Politiken der Verfügbarkeit zu thematisieren, als deren Resultat manche Dokumente und Dokumententypen veröffentlicht werden, um politische Ziele zu verwirklichen. Die grundsätzliche Vervielfältigung von Forschungsdaten über konkrete politische Ereignisse wie Verhandlungen oder Beschlüs-

se suggeriert eine prinzipielle und zudem auch zeitnahe Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Daten über politische Prozesse. Diese zum Teil fast gleichzeitige Zurverfügungstellung, bei der zwischen Ereignis und dessen Dokumentation nur wenig Zeit liegt, ist in Diskurse um Transparenz, Legitimität und Accountability einzuordnen. Aus Sicht der beteiligten Institutionen wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder auch nationalen und regionalen Gremien wie zum Beispiel Landtagen oder Stadtparlamenten ist die Bereitstellung von Dokumenten kein Selbstzweck, sondern verbunden mit rechtlichen oder politischen Rahmenbedingungen, die die Veröffentlichung erforderlich oder für Akteur/innen opportun machen. Die Aufzeichnung, Transkription, Übersetzung, Bereitstellung wie auch digitale Infrastrukturen sind mit teils großen Kosten verbunden, die einen Rechtfertigungsdruck erzeugen oder eine Begründung erfordern. Dazu können rechtliche Regelungen gehören, die eine Veröffentlichung etwa im Sinne einer Parlamentsdokumentation vorschreiben – dies ist zum Beispiel bei Bundestagsdebatten der Fall, für die gemäß Grundgesetz und Geschäftsordnung des Bundestages sogenannte Plenarprotokolle öffentlich zugänglich sein müssen.²⁷ Darüber hinaus gibt es auch Organisationen, die Dokumente zu spezifischen Zwecken

26 Vgl. grundlegend zur Quellenkritik in den empirischen Kulturwissenschaften Götsch: Archivalische Quellen; zur Quellenkritik in den Geschichtswissenschaften exemplarisch Borowsky/Vogel/Wunder: Geschichtswissenschaft, S. 160-176.

27 Vgl. Kissler: Parlamentsöffentlichkeit, S. 1000. Initiativen wie „Offenes Parlament“ fordern trotz der generellen Verfügbarkeit eine größere Transparenz und Zugänglichkeit zur Parlamentsdokumentation, als dies gegenwärtig durch das offizielle „Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge“ (<http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt>) ermöglicht wird, und stellen Plenarprotokolle als offene Daten zur Verfügung (<https://offenesparlament.de>).

übersetzen, kontextualisieren und veröffentlichen. Ein Beispiel hierfür sind etwa die Aktivitäten des „Centre de documentation, de recherche et d'information des peuples autochtones“ (Docip)²⁸, das sich zur Aufgabe gemacht hat, für indigene Gemeinschaften relevante politische Prozesse zu begleiten. Die Dokumentation erfolgt in solchen Fällen als strategische Unterstützung und als Versuch des Wissenstransfers, durch den eine effektivere und effizientere Teilnahme indigener Gemeinschaften an politischen Prozessen gewährleistet werden soll. Eine wichtige und grundlegende Rolle bei der Veröffentlichung spielen jedoch auch gesellschaftliche Forderungen nach einer Transparenz politischer Prozesse als Ausweis demokratischer Verfahren. Die Zurverfügungstellung von Dokumenten kann dabei als Bemühung verstanden werden, Legitimationsdefizite zu kompensieren und Vertrauen zu schaffen. Der Politikwissenschaftler Colin Crouch hat mit seinem Essay zur „Postdemokratie“²⁹ darauf hingewiesen, dass etwa die Erzeugung von Transparenz als Reaktion auf Autoritätsverluste formal demokratische Merkmale aufweisen kann, aber keine weitergehende politische Partizipation ermöglichen muss. Dies verweist darauf, dass Transparenzmaßnahmen eine Strategie sein können, die zwar oberflächliche Einblicke in Prozesse bietet, dabei aber weder größere Einflussmöglichkeiten noch Einsicht in Hintergründe bietet. Die Sozialanthropologinnen Christina Garsten und Kerstin Jacobsson sprechen im Kontext internationaler Unternehmen von einer

„post-politischen globalen Ethik“³⁰, innerhalb derer Versuche, über Transparenz Akzeptanz zu schaffen, als Managementstrategien fungieren können. Am Beispiel einer Initiative der Vereinten Nationen, das Handeln von Unternehmen nachhaltiger und sozialer zu gestalten, zeigen sie, dass Verpflichtungen zur Transparenz zwar auch Nachteile haben können, jedoch für „brand management, corporate culture, trust and legitimacy“ vorteilhaft sind. Über „complex negotiations regarding what shall be displayed and what shall remain hidden“³¹ können damit Unternehmen, die Mitglied im sogenannten Global Compact³² werden, signalisieren, dass sie Normen folgen, die als stark formalisierte und standardisierte Maßnahmen jedoch nur schwer zu messen und überprüfen sind. Unter solchen Gesichtspunkten sind die Bereitstellung von Dokumenten und die Schaffung von Transparenz nicht einfach neutrale Prozesse der Information, sondern müssen auch als Versuche der Konstruktion von Legitimität und Akzeptanz verstanden werden.

Die Diagnose der politisch oder strategisch motivierten Verfügbarkeit ist eng verknüpft mit übergreifenden Annahmen, dass Archive als Institutionen der Aufbewahrung, Erhaltung und Zurverfügungstellung auch als Orte der Herrschaftspraxis verstanden werden müssen³³ und zu bestimmten politischen Zwecken wie etwa der Konstruktion eines nationalen Bewusst-

28 <https://www.docip.org>.

29 Crouch: Postdemokratie.

30 Garsten/Jacobsson: Transparency and Legibility, S. 378.

31 Garsten/Jacobsson: Transparency and Legibility, S. 379.

32 <https://www.unglobalcompact.org>.

33 Vgl. einführend zum Zusammenhang von Archiv und Macht Horstmann/Kopp (Hg.): Archiv – Macht – Wissen.

seins³⁴ oder der Durchsetzung von Partikularinteressen nicht-staatlicher Gruppen³⁵ eingesetzt werden können. Als privilegierte Orte der Aufbewahrung und Interpretation – Jacques Derrida spricht hier von der „archontic power“³⁶ – werden in Archiven Prozesse der Auswahl, Identifikation und Klassifikation vollzogen, in denen entschieden wird, welche Inhalte bewahrt, wie aufbereitet und verfügbar gemacht werden. Das Vorliegen und die Online-Zugänglichkeit von Dokumenten erfordert insofern die Reflexion über den Status solcher Quellen als Teil von Archiven in Forschungsprozessen. Dazu gehören zum Beispiel die Fragen, welche Ziele mit einer Transparenz politischer Prozesse verfolgt werden, welche Aspekte nicht dokumentiert oder zugänglich gemacht werden oder welchen Einfluss Materialität, Formalisierung und Standardisierung von Dokumenten auf das, was abgebildet wird, haben. Solche und weitere Fragen richten sich an das Format „Dokument“ als Quelle unter den Bedingungen ihrer Verfügbarkeit, insbesondere auch in digitalen Archiven.

Neben politischen Gründen wie der Herstellung von Legitimität, Transparenz und Accountability auf unterschiedlichen Ebenen kann dabei auch das Aufscheinen in Archiven für Akteur/innen wichtig sein. So können unter anderem bestimmte Formulierungen und Positionen, auch wenn sie für den spezifischen Kontext, in dem sie aufscheinen, keine große Bedeutung haben, als Präzedenzfälle in Dokumente eingebracht und zu einem späteren Zeitpunkt erneut

referenziert werden.³⁷ In solchen Fällen ist die im Dokument textualisierte Äußerung für den konkreten Zeitpunkt ihrer Entextualisierung nur von nachrangiger Bedeutung, kann jedoch später im politischen Prozess wichtig werden. Für Repräsentant/innen von Nichtregierungsorganisationen oder anderen beobachtenden Institutionen kann es zudem wichtig sein, namentlich in Protokollen erwähnt zu werden, um für Förderer oder Organisationsmitglieder sichtbar zu sein und Rechenschaft über ihre Teilnahme ablegen zu können. Der inhaltliche Gehalt von Dokumenten ist mitunter gar nicht das wichtigste Element, sondern eine strategische Positionierung in Dokumenten. Politiken der Verfügbarkeit erfordern entsprechend aus einem weiteren Grund eine Problematisierung. Wenn Inhalte von Dokumenten in den Hintergrund rücken und eher Signalfunktionen erfüllen, stellt sich die Frage, inwieweit Intentionen aus Dokumenten ablesbar sind. Die Verfügbarkeit von Aussagen von Verhandlungsteilnehmer/innen oder einzelner – natürlicher oder institutioneller – Autoren ist unter diesem Gesichtspunkt noch keine Grundlage, um solche strategischen oder funktionalen Aspekte bewerten zu können. Bei Aussagen aus nicht-kontextualisierten Dokumenten bleibt damit immer unklar, ob diese dem Wortlaut nach interpretiert werden können oder ob hinter diesem weitere, nicht direkt zugängliche Implikationen stehen. Die Annahme, dass es Intentionen gibt, die in geronnener Form in Dokumente – Entscheidungen, Konventionen oder anderen Publikationen verschiedenen Institutionen – einfließen und damit les- und analysierbar

34 Brown/Davis-Brown: Making of Memory.

35 Pell: Radicalizing the Politics.

36 Derrida: Archive Fever, S. 10.

37 Groth: Negotiating Tradition, S. 131-133.

Meeting documents

Code	Title(s)		File(s)
Filter by language			
All (316)		Submit	
Download all documents:	English ZIP	Français ZIP	Español ZIP عربي ZIP 中文 ZIP Русский ZIP
WIPO/GRTKF/IC/37/INF/1 PROV. 2	English	Second Provisional List of Participants	DOC PDF
	Français	Deuxième liste provisoire des participants	DOC PDF
WIPO/GRTKF/IC/37/INF/2	English	Brief Summary of Documents	DOC PDF
	Français	Résumé succinct des documents	DOC PDF
	Español	Breve reseña de los documentos	DOC PDF
	عربي	ملخص مختصر للوثائق المقتبسة	DOC PDF
	中文	文件提要	DOC PDF
	Русский	РЕЗЮМЕ ДОКУМЕНТОВ	DOC PDF

Abbildung 1: Überblicksseite der Sitzungsdokumente eines Komitees der WIPO
(Quelle: http://www.wipo.int/meetings/en/details.jsp?meeting_id=46445).

werden, ist noch aus weiteren Gründen problematisch.³⁸ Sie setzt voraus, dass Entscheidungen relativ eindeutig sind, nicht mehrdeutig formuliert werden und als Grundlage für wörtliche Interpretationen von Aussagen in Dokumenten dienen können. Gegen einen solchen „technical empiricist approach“ argumentiert zum Beispiel John A. Codd,³⁹ da er strategische Implikationen und Mehrdeutigkeiten vernachlässigt, die in Dokumenten inhärent sind.

4. Illusion der Transparenz

Zusätzlich zu einer solchen Problematik, nach der Dokumente und deren Inhalte durch strate-

gische Überlegungen, Politiken der Verfügbarkeit und Mehrdeutigkeit geprägt sind, spielt auch der Kontext, aus dem heraus Dokumente entstehen, eine Rolle für deren Einbezug in Forschungsdesigns. Im Zuge der zunehmenden Verfügbarkeit von Dokumenten aus politischen Prozessen hat man es mit der Situation zu tun, dass Verhandlungsprotokolle, Policy Papers und andere Dokumente in vielen Forschungsfeldern in frei zugänglichen Online-Archiven vorliegen und sich als Quellen anbieten. Solche Dokumente haben zum Teil den Charakter von umfassenden Verhandlungsdokumentationen, geben also mitunter verbatim die Stellungnahmen von an Verhandlungen beteiligten Akteuren wieder. Ein Beispiel für solche dokumentarischen Maßnahmen ist die WIPO, die auf ihrer Homepage für einige ihrer Komitees umfangreiche Dokumentensammlungen zusammenstellt und frei verfügbar macht (Abbildung 1). Teil solcher Sammlungen sind Berichte von Verhandlungen, die im

38 Vgl. zu dieser Problematik unter anderem Groth: Entstehungskontext, S. 60 ff.; Groth: EU/Kultur, S. 206; Groth/Bendix: Flexible Concept.

39 Codd: Construction and Deconstruction, S. 237-238.

WIPO/GRTKF/IC/35/10
page 5

AGENDA ITEM 3: ADOPTION OF THE AGENDA

Decision on Agenda Item 3:

12. *The Chair submitted the draft agenda circulated as WIPO/GRTKF/IC/35/1 Prov. 2 for adoption and it was adopted.*

13. The Chair opened the floor for opening statements. [Note from the Secretariat: Many delegations which took the floor for the first time congratulated and thanked the Chair, the Vice-Chairs and the Secretariat and expressed their gratitude for the preparation of the session, as well as for the preparation of the documents.]

14. The Delegation of Indonesia, speaking on behalf of the Asia-Pacific Group, believed that the Chair's guidance would result in a progressive and successful session. It supported the working methodology and the work program proposed by the Chair. It took note and welcomed the reports produced by the Secretariat, compiling materials and studies on databases and disclosure regimes relating to GRs and associated TK. The Group was pleased that the mandate of the IGC had been renewed and looked forward to addressing unresolved issues

Abbildung 2: Ausschnitt aus dem Bericht über eine Komiteesitzung der WIPO, in dem Aussagen von beteiligten Akteuren in leicht veränderter Form wiedergegeben werden (Quelle: http://www.wipo.int/edocs/mdocs/tk/en/wipo_grtkf_ic_36/wipo_grtkf_ic_36_ref_igc_35_report.pdf).

Fall der WIPO ausführlich ausfallen und Positionen von Verhandlungsteilnehmer/innen zwar nicht wortgetreu, jedoch detailliert protokollieren (Abbildung 2).

Die Verfügbarkeit einer solchen umfassenden Dokumentation, die über reine Beschlusstexte hinausgeht und in ausführlicher Form Verhandlungsgeschehen abbildet, erzeugt zugleich die Illusion der Zugänglichkeit von Entstehungskontexten. Zum Teil existieren Einblicke in diese Kontexte als Videoaufzeichnungen, die auch

eigentlich nicht-öffentliche Sitzungen⁴⁰ vollständig dokumentieren und online verfügbar halten (Abbildung 3).

Eine Videoaufzeichnung ist für multilaterale Verhandlungen keineswegs der Standard, jedoch vermehrt zu beobachten. Dass solche verdoppelten Quellen aus konkreten Interaktionssituationen auf der einen und textuellen oder audiovisuellen Dokumentation auf der anderen Seite aus empirisch-kulturwissenschaftlicher

⁴⁰ Die Teilnahme an Verhandlungen ist Repräsentant/innen der Mitgliedsstaaten und akkreditierten Nichtregierungsorganisationen – hierzu können auch universitäre Einrichtungen gehören – gestattet. Medienvertreter/innen und andere Interessierte sind von den Verhandlungen ausgeschlossen, haben jedoch Zugriff sowohl auf das Dokumentenarchiv als auch auf das Videoportal.



Abbildung 3: Video-on-Demand-Portal der WIPO, in dem Plenarsitzungen von einigen Komitees live übertragen oder zu späterem Abruf bereitgestellt werden (Quelle: <http://www.wipo.int/webcasting/en/index.jsp#vod>).

Perspektive immer bereits als skaliert verstanden werden und dass diese Skalierung problematisiert werden muss, ist eingängig. Der Einblick in politische Prozesse, der hier gewährt wird, ist immer fragmentarisch, bietet nur Zugang zu ganz bestimmten Bühnen und blendet Situationen aus, die für ein Verständnis politischer Prozesse essentiell sind. So haben etwa ethnografische Erforschungen internationaler Institutionen gezeigt, dass wichtige Entscheidungen und Konsultationen in nicht-öffentlichen und nicht-dokumentierten Sitzungen – in Cafeteria-Gesprächen oder auf Fluren von Organisationen – stattfinden und so für außenstehende Beobachter/innen trotz Zugriff auf unterschiedliche Formen der Dokumentation notwendiger-

weise verschlossen bleiben.⁴¹ Die teilnehmende Beobachtung vor Ort hat hier den Vorteil, zunächst die Existenz der Vielzahl solcher informeller Schauplätze erkunden und mit Glück auch erforschen zu können. Das reine Vorliegen von Dokumenten hingegen ist damit konfrontiert, dass wichtige Verhandlungsdynamiken, Ereignisse und Feinheiten, die keinen Eingang in Protokolle finden, für den Forschungsprozess verschlossen bleiben. Die Problematisierung der Illusion der Transparenz ist insbesondere wichtig, da Dokumente textuelle Repräsentationen von Performanzen sind. Sie müssen zunächst

41 Für ethnografische Zugänge zu multilateralen Verhandlungen, die auch Neben Bühnen und informelle Konsultationen zwischen Akteur/innen aus methodologischer Sicht thematisieren, vgl. unter anderem Groth: *Negotiating Tradition*; Bendix: *Wenn viele Felder*; Bendix: *Power of Perseverance*; Brumann: *Kulturgut*; Deeb/Marcus: *Green Room*.

produziert werden und ihr Entstehungskontext sollte bei der Analyse berücksichtigt werden. Was in Dokumente bezüglich Form und Inhalt einfließt, ist Ergebnis und Gegenstand von Verhandlungen. Prozesse, in denen Text verhandelt und produziert wird, erstrecken sich zudem auf performative Aspekte wie Stil, sprachliche Codes und Register, Rhetoriken oder Genres – Aspekte also, die in entextualisierter Form in Dokumenten in den Hintergrund treten oder ganz verschwinden. Durch Videoaufzeichnungen können solche Faktoren zum Teil berücksichtigt werden, wiewohl auch hier informelle Kontexte aus dem Blick geraten. Für Dokumente selbst ist dies nicht der Fall. Die Transparenz, die sich präsentiert, ist nur eine scheinbare, die von Politiken des Archivs geprägt ist und keine Aussagen über Inhalte und Ereignisse jenseits protokollierter Sitzungen treffen kann. Diese Erkenntnis ist für das methodische Vorgehen qualitativ ausgerichteter empirischer Kultur- und Sozialwissenschaften nicht neu, bedarf jedoch in dem Sinne eine Erweiterung, dass auch die Aussagekraft vorliegender Dokumente ohne Kontextualisierung begrenzt ist. Relativ einfache Inhaltsanalysen, die über das Vorkommen bestimmter Begriffe versuchen, Positionen und Interessen von Akteuren aus Dokumenten abzulesen – zum Beispiel über statistische Analysesoftware wie das R-Plugin „Wordfish“⁴² – sind in den entsprechenden Disziplinen selten. Viel eher lässt sich in der Europäischen Ethnologie, in der Sozialanthropologie und immer stärker auch in

den Politikwissenschaften⁴³ eine Hinwendung zu einer ethnografischen Erkundung politischer Prozesse beobachten, die Aushandlungsprozesse in Gremien selbst in den Blick nimmt. Wie Dokumente produziert werden, veranschaulichen in diesem Zusammenhang beispielsweise Birgit Müller und Gilles Cloiseau,⁴⁴ Ellen Hertz⁴⁵ oder Ruth Wodak⁴⁶, wenn sie die Verhandlung bestimmter Beschluss Texte ethnografisch in den Blick nehmen und zeigen, wie unterschiedliche Akteure daran teilhaben und wie sprachliche Feinheiten zum Gegenstand von komplexen Debatten werden können.⁴⁷ Die Analyse von Dokumenten als Verdopplung konkreter Interaktionssituationen bleibt in vielen Fällen jedoch eine Black Box, die erst über eine differenzierte Kontextualisierung geöffnet werden kann.

5. Kontextualisierung von Dokumenten

Es stellt sich die Frage, wie eine solche Kontextualisierung von Dokumenten konkret aussehen kann. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Illusion der Zugänglichkeit problematisiert wird, die in vielen Fällen mit der Zugänglichkeit von digitalen Dokumenten und ihrer Volltext-Indizierung einhergeht. Damit wird eine kontextualisierende Quellenkritik von Dokumenten

42 Vgl. <http://www.wordfish.org>.

43 Siehe den Überblick bei Solomon/Steele: *Micro-Moves*; exemplarisch zudem Esguerra: *Politics of Beginning*; Deitelhoff: *Process of Legalization*.

44 Müller/Cloiseau: *Real Dirt*.

45 Hertz: *Excessively Up*.

46 Wodak: *Conflict to Consensus*.

47 Vgl. hierzu auch Groth: *Negotiating Tradition*.

notwendig, die die Spezifika der Settings sowie grundlegende Unsicherheiten und Ambivalenzen berücksichtigt. Zuvorderst bedeutet dies, die eingeschränkte Aussagekraft von Dokumenten über politische Prozesse zu konstatieren. Mit Bezug auf die Verfügbarkeit und den Inhalt von Dokumenten können Anhaltspunkte für weitere Analysen gegeben sein, die jedoch tiefergehende Nachforschungen erfordern. Über eine solche generelle Einschränkung hinaus lassen sich noch weitere Punkte ausmachen, die bei der Kontextualisierung von Dokumenten hilfreich sind.⁴⁸ Ein erster Aspekt betrifft die Performativität von Dokumenten. Nicht nur die Art und Weise, wie Dokumente verhandelt, produziert und verfügbar gemacht werden, sondern auch wie sie rezipiert, interpretiert und geteilt werden, ist für ein Verständnis der Rolle von Dokumenten in politischen Prozessen wichtig. Dazu zählt auch, dass Dokumente vielfach eine Eigenlogik haben, die über einen hohen Grad von Standardisierung darauf abzielt, Vergleichbarkeit herzustellen und diverse Kontexte und soziale Situationen für Institutionen und ihre Verwaltungsprozesse lesbar zu machen.⁴⁹ Daher kommt es in der Dokumentenanalyse nicht nur darauf an, zu fragen, was Autor/innen eines Textes durch ihre Formulierungen zum Ausdruck bringen wollen, sondern auch darauf, aufzuzeigen, was ein Dokument in einer spezifischen Situation sein kann, welche Funktionen es also jenseits der Intendiertheit in politischen Kontexten erfüllen kann.

Ein zweiter Punkt betrifft den Entstehungskontext von Dokumenten und Prozesse der Entextualisierung: Performanzen wie Stellungnahmen in Verhandlungen oder das Aushandeln von Text in Abteilungen von Organisationen sind in situativen Kontexten und in sozialen Situationen verankert. In Prozessen der Entextualisierung werden Dokumente als „bounded objects“⁵⁰ produziert, die nicht unmittelbar mit dieser performativen Emergenz verknüpft sind. Der spezifische Kontext, in dem sie in politischen Prozessen ausgehandelt und produziert werden, wird damit bis zu einem gewissen Grad gelöscht. Aus einer analytischen Perspektive müssen solche Prozesse der Entextualisierung und Dekontextualisierung untersucht werden, um zu verstehen, wie Dokumente produziert werden und in welchem Ausmaß performative Aspekte des Entstehungskontextes Verhandlungen oder andere politische Prozesse beeinflussen. Dazu gehören auch Angemessenheitskriterien, also Faktoren, die darüber entscheiden, was sagbar und sprachlich opportun ist und was nicht, was also in spezifischen Situationen von spezifischen Akteur/innen ohne negative Implikationen gesagt werden kann und dann entsprechend in Dokumente einfließt. So kann es unter Umständen Verhandlungssituationen geben, in denen es den eigenen Interessen abträglich wäre, allzu explizite normative Forderungen zu erheben. Das Fehlen normativer Forderungen – also beispielsweise Verweise auf Menschenrechtskonventionen, Konzepte von Gerechtigkeit oder Fairness – in der Verhandlungsdokumentation deutet damit nicht zwangsläufig darauf

48 Für eine ausführliche Diskussion der Kontextualisierung von Dokumenten vgl. Groth: Entstehungskontext.

49 Berger: Global Norms.

50 Park/Bucholtz: Introduction, S. 485.

hin, dass sie keine Rolle spielen. Eine Aussage kann entsprechend nur darüber getroffen werden, dass sie in der spezifischen Situation nicht geäußert worden sind.⁵¹

Drittens muss beachtet werden, dass sprachliche Performanzen und ihre Textualisierungen in Dokumenten von unterschiedlichen Autor/innen verfasst werden und an unterschiedliche Rezipient/innen gerichtet sind. In politischen Prozessen sind die konkreten Verfasser/innen von Dokumenten oftmals opak, sei es, weil sie als Teil einer größeren Organisation Dokumente nur im Auftrag kompilieren oder weil eine möglichst „neutrale“ und nicht subjektiv geprägte Darstellung angestrebt wird: Es macht in Bezug auf Objektivität und Legitimität von Dokumenten einen Unterschied, ob als Verfasser/in eines Dokumentes eine Organisation oder eine individuelle Person genannt wird. Überdies ist von Bedeutung, ob Dokumente vorwiegend informative Funktion haben, also zum Beispiel verbatim den Verlauf von Sitzungen wiedergeben; oder ob durch Zusammenstellung, Betonungen und Auslassungen spezifische Perspektiven gestärkt werden. Die Erforschung der Entstehungskontexte kann dabei helfen, die unterschiedlichen Modi der Autorenschaft von Dokumenten genauer zu beleuchten. Zudem beeinflusst auch die Zusammensetzung des realen oder imaginierten Publikums die Art und Weise, wie Akteur/innen sprechen, welche Wörter sie benutzen und wie sie bestimmte Sachverhalte oder Anliegen formulieren und vortragen. Das ist zum Beispiel auch dann der Fall, wenn ein bestimmtes Publikum gar nicht direkt ad-

ressiert wird, aber beispielsweise ein direkter Konflikt vermieden oder Kooperationen angebahnt werden sollen. Ein Beispiel hierfür sind internationale Verhandlungen, bei denen indigene Gruppen als Teilnehmende oder Beobachtende anwesend sind. Die sprachlichen Register, die benutzt werden, verschieben sich in solchen Fällen, um deren Anwesenheit Rechenschaft zu tragen. So werden etwa normative Forderungen solcher Gemeinschaften nicht direkt abgewiesen, sondern zunächst begrüßt – dies aber in einem sprachlichen Register, dass ohne rechtliche oder sonstige Konsequenzen bleibt. In Sitzungsprotokollen, die Statements von Delegationen und Verhandlungsentscheidungen reproduzieren, ist dieser Aspekt nicht notwendigerweise sichtbar. So kann eine positive Bezugnahme etwa auf die Rechte indigener Gemeinschaften in Dokumenten als tatsächliche Unterstützung von Anliegen verstanden werden, obwohl sie nur ideell ist.

Viertens und damit verbunden sind Ambivalenz, Ambiguität und Vagheit Schlüsselcharakteristika von Sprache in politischen Kontexten.⁵² Die Uneindeutigkeit von Sprache wird strategisch eingesetzt und muss entsprechend beim Einbezug von Dokumenten als Quelle in Forschungsdesigns mitgedacht werden. Um diesen unterschiedlichen Settings angemessen entgegenzutreten, ist es aus methodischer Perspektive notwendig, sprachliche Äußerungen zu kontextualisieren und ihre Entstehungszusammenhänge inklusive der in ihnen gültigen Regeln der Interaktion und Interpretation mit in die Analyse einzubeziehen. Insbesondere dort, wo Sprache

51 Groth: Entstehungskontext, S. 65-66.

52 Groth: Negotiating Tradition, S. 169-170.

strategisch und mit Blick auf ihre Wirkung bei unterschiedlichen Rezipient/innen, auf ihre Verbindlichkeit und auf ihre Konnotationen zum Einsatz kommt, kann nicht von ihrer Neutralität ausgegangen werden – dies bezieht sich wohl-gemerkt nicht nur auf ihre Verwendung, sondern auch auf ihre Analyse. So wie der Versuch, eigene „Intentionen“ und „Akzente“ über Sprache zu vermitteln, ein komplizierter Prozess ist, erfordert der Versuch der Entschlüsselung eben auch Dekonstruktionsleistungen.

6. Fazit

Mit der prinzipiellen Verfügbarkeit von Dokumenten für Forschungsdesigns geht eine Reihe von Problemen einher, die forschungspragmatischer, insbesondere aber analytischer Natur sind. Der Umgang mit einer großen Menge von Dokumenten, die Gewichtung relevanter wie irrelevanter Dokumente für den Forschungsprozess oder bereits die Sichtung von Dokumenten, die nicht direkt zugänglich sind, ist für Forschungsdesigns ein erster, wesentlicher Komplex, der reflektiert werden muss. Das Vorliegen von Dokumenten in digitalen Archiven, die Volltextindizierung und diverse Suchportale erleichtern zwar die Recherche, werfen aber eine Reihe von Problemen auf, die beachtet werden müssen. Der Einsatz von Transparenz als politische Strategie, die Rolle von Online-Archiven für unterschiedliche Akteur/innen wie auch die Illusion der Zugänglichkeit von Forschungskontexten sind dabei zentral zu nennen. Aus inhaltsanalytischer Perspektive ist dabei zu beachten, dass Dokumente multiple Bedeutungen haben, also verschiedene Interpretationen, Strategien

und Interessen zusammenbringen. Indem sie unterschiedliche Stimmen und Lesarten vereinen, sind sie Ausdruck offener und ambivalenter Konsense, von Unentschiedenheit oder Konflikt. Eindeutige politische Absichten, Programme oder Strategien abzulesen ist entsprechend ein Unterfangen, das meistens scheitern wird. Für ein Verständnis von Dokumenten bedarf es daher eine Fokusverschiebung weg von Text und Inhalt und hin zu kontextuellen, pragmatischen und performativen Aspekten der Aushandlung, Produktion, Zirkulation und Rezeption von Dokumenten. David Mosse spricht sich in diesem Zusammenhang auch für eine „Soziologie des Dokumentes“ aus, um eine positiv-idealistische Lesart von Dokumenten zu umgehen. Der Einbezug von Dokumenten in Forschungsdesigns muss entsprechend die Spezifika und Entstehungskontexte dieses Genres berücksichtigen, um die „sozial organisierte[n] Praktiken der Produktion und Rezeption“⁵³ von Dokumenten nicht zu vernachlässigen. Zum einen impliziert dies die Erforschung von Entstehungskontexten und eine kontextualisierende ethnografische Annäherung an Dokumente, da hier die Modalitäten der Produktion von Dokumenten und sprachliche Besonderheiten nachvollzogen und auf ihren Einfluss auf Interpretation von und Interaktion mit Dokumenten befragt werden können. Das beinhaltet die Notwendigkeit der Aufmerksamkeit für linguistische Ambivalenzen, Kriterien der Angemessenheit, multiple Publika wie auch für Entwurfs- und Produktionspraktiken von Dokumenten in unterschiedlichen Kontexten. Zum anderen folgt daraus für solche Felder,

53 Mosse: *Cultivating Development*, S. 15.

in denen die Entstehungskontexte von Dokumenten nicht erforscht oder nicht rekonstruiert werden können, dass Dokumente nur eine begrenzte Aussagekraft haben und beispielsweise Folgerungen über Intentionen und kohärente Strategien nur schwer möglich sind.

Abschließend möchte ich kurz auf zwei forschungspragmatische Punkte eingehen, die mit Bezug auf Dokumente neben generellen Überlegungen zu qualitativen Daten im Forschungsdatenmanagement eine Rolle spielen.⁵⁴ Erstens stellt sich die Frage, wie angesichts einer Vermehrung verfügbarer Quellen ephemere Online-Daten so gespeichert werden können, dass aus ihrer prinzipiellen Verfügbarkeit auch eine längerfristige Referenzierbarkeit entstehen kann. Für klassische Dokumente in institutionellen Archiven ist dies in den meisten Fällen gewährleistet, wobei bei Umstellungen die Zugänglichkeit nicht gewährleistet sein muss. Zwar liegen hier überwiegend eindeutige Codes für Dokumente vor,⁵⁵ die jedoch nicht die Qualitäten von Persistent Identifiers aufweisen. Wie auch bei anderen Forschungsdaten hat man es mit der Herausforderung der Nachnutzbarkeit zu tun, die zwischen einer Verdopplung von Forschungsdaten oder dem Vertrauen in institutionelle Speicherpraktiken abwägen muss. Etwas anders sieht es mit Quellen aus, die nicht explizit in Repositorien gespeichert sind, also

beispielsweise Videostreams, Videoaufzeichnungen oder darüber hinaus auch weitere ephemere Online-Daten. Hier ist offen, wie sie so gespeichert werden können, dass aus ihrer prinzipiellen Verfügbarkeit auch eine längerfristige Referenzierbarkeit entstehen kann. Ich gehe davon aus, dass dies relativ einfach lösbare, technische Probleme sind, die sich beispielsweise über den Einsatz von Plugins oder die Nutzung bestehender Infrastrukturen und Logiken der Langzeitarchivierung prinzipiell bereits lösen lassen. Die Nachnutzbarkeit von Daten und technische Kompetenz zur Speicherung und Referenzierung sind dennoch zwei wichtige Punkte, die in diesem Zusammenhang thematisiert werden müssen.

Zu klären sind hier meines Erachtens aus forschungspragmatischer Sicht aber zweitens auch rechtliche Fragen des geistigen Eigentums und des Datenschutzes, wenn beispielsweise Videostreams von Verhandlungen oder aber auch Social-Media-Livestreams gespeichert, archiviert und zugänglich gemacht werden. Für institutionelle Repositorien wie das Archiv der WIPO liegt die Möglichkeit vor, Videoaufzeichnungen on Demand abzuspielen. Rechtliche Regelungen oder Best Practices zur Speicherung dieser Inhalte stellen jedoch einen Problembereich dar. Zudem ist für stärker private Inhalte zu vermuten, dass auch bei einer Anonymisierung das technische Abgreifen von Inhalten einer weiteren Abklärung auch der rechtlichen Durchführbarkeit bedarf. Das betrifft anders gewendet aber wiederum auch multilaterale Verhandlungen, da hier natürlich auch unterschiedliche Kommunikationskanäle zwischen Delegierten, Beobachter/innen und Forscher/innen zustande kommen, also beispielsweise WhatsApp- oder

54 Vgl. Harbeck/Imeri/Sterzer: Feldnotizen und Videomit-schnitte.

55 Für die WIPO lautet ein solcher Code: WIPO/GRTKF/IC/35/10. Neben dem Organisationsnamen (WIPO) wird der thematische Bereich (GRTKF für Genetic Resources, Traditional Knowledge and Folklore), das jeweilige Komitee (IC für Intergovernmental Committee), die Sitzungsnummer (35) und die Dokumentennummer (10) angegeben.

Skype-Chats, in denen laufende Verhandlungen kommentiert werden. Die ex-post Anonymisierung von Forschungsdaten ist hier sicherlich ein notwendiger und wichtiger Schritt, ersetzt aber nicht die weitergehende Frage rechtlicher Rahmenbedingungen insbesondere der Speicherung größerer Mengen an Daten. Diese beiden Aspekte sollten Teil von Reflexionen über die Anlage von Forschungsdesigns sein – ganz besonders deshalb, da eine stärkere Institutionalisierung forschungsethischer Überprüfungen zu erwarten ist.

Linksammlung

Alle Zugriffe am 3.8.2018.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt>

<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc>

<http://www.consilium.europa.eu/en/documents-publications>

<http://www.europarl.europa.eu/RegistreWeb/home/welcome.htm?language=EN>

<http://www.schlichtung-s21.de>

http://www.wipo.int/edocs/mdocs/tk/en/wipo_grtkf_ic_36/wipo_grtkf_ic_36_ref_igc_35_report.pdf

http://www.wipo.int/meetings/en/details.jsp?meeting_id=46445

<http://www.wipo.int/webcasting/en/index.jsp?vod>

<http://www.wordfish.org>

https://ec.europa.eu/germany/news/transparenz-bei-ttip-kommission-veroeffentlicht-verhandlungspositionen-aus-laufender-runde_de

<https://offenesparlament.de>

<https://trade-leaks.org>

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/01/2016-01-27-ttip-leseraum-im-bmw.html>

<https://www.docip.org>

<https://www.presseportal.de/pm/6511/1705294>

<https://www.unglobalcompact.org>

Literatur

Simone Abram: Contradiction in Contemporary Political Life. Meeting Bureaucracy in Norwegian Municipal Government, in: Journal of the Royal Anthropological Institute 23 (2017), H. S1, S. 27-44.

Regina F. Bendix: The Power of Perseverance. Exploring Negotiation Dynamics at the WIPO, in: Birgit Müller (Hg.): The Gloss of Harmony. The Politics of Policy-Making within Intergovernmental Organizations, London 2013, S. 23-49.

Regina F. Bendix: Wenn viele Felder sich in einem Raum vereinen. Feldforschung in internationalen Gremien, in: Tobias Berger: Global Norms and Local Courts. Translating the Rule of Law in Bangladesh, Oxford 2017.

Peter Borowsky/Barbara Vogel/Heide Wunder: Einführung in die Geschichtswissenschaft, Bd. 1: Grundprobleme, Arbeitsorganisation, Hilfsmittel, Opladen 1989.

Richard Harvey Brown/Beth Davis-Brown: The Making of Memory. The Politics of Archives, Libraries and Museums in the Construction of National Consciousness, in: History of the Human Sciences 11 (2016), H. 4, S. 17-32.

Christoph Brumann: Unser aller Kulturgut. Eine ethnologische Annäherung an das UNESCO-Welterbe, in: Sociologus 61 (2011), H. 1, S. 19-43.

Christian Bueger: Pathways to Practice. Praxiography and International Politics, in: European Political Science Review 6 (2013), H. 3, S. 383-406.

John A. Codd: The Construction and Deconstruction of Educational Policy Documents, in: Journal of Education Policy 3 (1988), H. 3, S. 235-247.

Colin Crouch: Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008.

Hadi Nicholas Deeb/George E. Marcus: In the Green Room. An Experiment in Ethnographic Method at the

WTO, in: PoLAR. Political and Legal Anthropology Review 34 (2011), H. 1, S. 51-76.

Nicole Deitelhoff: The Discursive Process of Legalization. Charting Islands of Persuasion in the ICC Case, in: International Organizations 63 (2009), S. 33-65.

Jacques Derrida: Archive Fever. A Freudian Impression, in: Diacritics 25 (1995), H. 2, S. 9-63.

Alejandro Esguerra: The Politics of Beginning. An Inquiry into Transnational Governance in Action, Berlin 2014.

Katja Freistein: Effects of Indicator Use. A Comparison of Poverty Measuring Instruments at the World Bank, in: Journal of Comparative Policy Analysis. Research and Practice 18 (2016), H. 4, S. 366-381.

Christina Garsten/Kerstin Jacobsson: Transparency and Legibility in International Institutions. The UN Global Compact and Post-Political Global Ethics, in: Social Anthropology 19 (2011), H. 4, S. 378-393.

Göttinger Institut für Demokratieforschung: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21 (2010), <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf>.

Silke Götttsch: Archivalische Quellen und die Möglichkeiten ihrer Auswertung, in: Silke Götttsch/Alfred Lehmann (Hg.): Methoden der Volkskunde. Positionen, Quellen, Arbeitsweisen der Europäischen Ethnologie, Berlin 2001, S. 15-32.

Stefan Groth: Entstehungskontext, Materialität und Sprachspezifik. Elemente eines empirisch-kulturwissenschaftlichen Umgangs mit Dokumenten aus politischen Prozessen, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 114 (2018), H. 1, S. 57-75.

Stefan Groth: EU/Kultur. Zu Flexibilität und Kohärenz des Kulturbegriffes im Rahmen europäischer Kulturpolitik, in: Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde 61 (2016), S. 205-224.

Stefan Groth: Negotiating Tradition. The Pragmatics of International Deliberations on Cultural Property, Göttingen 2012.

Stefan Groth/Regina F. Bendix: Culture as a Flexible Concept for the Legitimation of Policies in the EU, in: Jane Anderson/Haidy Geismar (Hg.): The Routledge Companion to Cultural Property, London 2017, S. 315-338.

Matthias Harbeck/Sabine Imeri/Wjatscheslaw Sterzer: Feldnotizen und Videomitschnitte. Zum Forschungsdatenmanagement qualitativer Daten am Beispiel der ethnologischen Fächer, in: O-Bib. Das Offene Bibliotheksjournal 5 (2018), H. 2, S. 123-141.

Ellen Hertz: Excessively Up at the International Labour Organisation. Notes on „Note on the Proceedings TMI-TI/2007/10“, in: MAPS Working Paper Series 9 (2010), S. 1-21.

Anja Horstmann/Vanina Kopp (Hg.): Archiv – Macht – Wissen. Organisation und Konstruktion von Wissen und Wirklichkeiten in Archiven, Frankfurt am Main 2010.

Leo Kissler: Parlamentsöffentlichkeit. Transparenz und Artikulation, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh (Hg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989, S. 993-1020.

Sarah May/Katia Laura Sidali/Achim Spiller/Bernhard Tschöfen: Geographische Herkunftsangaben. Schutzinstrument der Europäischen Union für regionale Spezialitäten, in: Stefan Groth/Regina F. Bendix/Achim Spiller (Hg.): Kultur als Eigentum. Instrumente, Querschnitte und Fallstudien, Göttingen 2015, S. 31-49.

David Mosse: Cultivating Development. An Ethnography Of Aid Policy And Practice, London 2010.

Birgit Müller/Gilles Cloiseau: The Real Dirt on Responsible Agricultural Investments at Rio+20. Multilateralism versus Corporate Self-Regulation, in: Law & Society Review 49 (2015), H. 1, S. 39-67.

Iver B. Neumann: „A Speech That the Entire Ministry May Stand for“, or: Why Diplomats Never Produce Anything New, in: International Political Sociology 1 (2007), S. 183-200.

Susan Pell: Radicalizing the Politics of the Archive. An Ethnographic Reading of an Activist Archive, in: Archivaria 80 (2015), S. 33-57.

Lindsay Prior: Using Documents in Social Research, London 2003.

Annelise Riles: Documents. Artifacts of Modern Knowledge, Ann Arbor 2006.

Annelise Riles: Outputs. The Promises and Perils of Ethnographic Engagement after the Loss of Faith in Transnational Dialogue, in: Journal of the Royal Anthropological Institute 23 (2017), H. S1, S. 182-197.

Chris Shore/Susan Wright: Governing by Numbers. Audit Culture, Rankings and the New World Order, in: Social Anthropology 23 (2015), H. 1, S. 22-28.

Barry Smith: How to Do Things with Documents, in: Rivista di Estetica 50 (2012), S. 179-198.

Ty Solomon/Brent J. Steele: Micro-Moves in International Relations Theory, in: European Journal of International Relations 23 (2016), H. 2, S. 267-291.

Marilyn Strathern: Audit Cultures. Anthropological Studies in Accountability, Ethics and the Academy, London 2003.

Marilyn Strathern: The Tyranny of Transparency, in: British Educational Research Journal 26 (2000), H. 3, S. 309-321.

Joseph Sung-Yul Park/Mary Bucholtz: Introduction. Public Transcripts. Entextualization and Linguistic Representation in Institutional Contexts, in: Text & Talk 29 (2009), H. 5, S. 485-502.

Renita Thedvall: Negotiating Impartial Indicators. Putting Transparency into Practice in the EU, in: Journal of the Royal Anthropological Institute 18 (2012), H. 2, S. 311-329.

Franz Walter/Felix Butzlaff/Stine Marg/Lars Geiges: Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg 2013.

Ruth Wodak: From Conflict to Consensus? The Co-Construction of a Policy Paper, in: Peter Muntigl/Gilbert Weiss/Ruth Wodak (Hg.): European Union Discourses on Un/employment. An Interdisciplinary Approach to Employment Policy-Making and Organizational Change, Amsterdam 2003, S. 73-114.

Datengenerierung und Wissenstransfer in interdisziplinärer Perspektive

Forschungsdesign 4.0

Datengenerierung und Wissenstransfer
in interdisziplinärer Perspektive

Jens Klingner / Merve Lühr (Hg.)

in Zusammenarbeit mit Hendrik Keller, Sarah Kleinmann,

Nadine Kulbe, Andreas Martin, Arnika Peselmann,

Martina Schattkowsky, Christian Schuffels, Henrik Schwanitz
und Ira Spieker

Impressum

ISGV digital Studien zur Landesgeschichte und Kulturanthropologie 1

herausgegeben von
Enno Bünz, Winfried Müller, Joachim Schneider
und Ira Spieker

Redaktion:
Jens Klingner, Robert Langer, Merve Lühr

Layout:
Josephine Rank, Berlin

Technische Umsetzung (barrierefreies PDF):
Klaas Posselt, einmanncombo

Umschlaggestaltung:
Josephine Rank unter Verwendung einer Grafik
von Robert Matzke

© Dresden 2019
Institut für Sächsische Geschichte
und Volkskunde
Zellescher Weg 17 | 01069 Dresden

Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek
verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

www.isgv.de
ISBN 978-3-948620-00-4
DOI 10.25366/2019.04

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuer-
mittel auf der Grundlage des vom Sächsischen
Landtag beschlossenen Haushaltes.



| Inhalt

Ira Spieker, Sarah Kleinmann, Christian Schuffels, Nadine Kulbe Forschungsdesign 4.0	6
Friedemann Schmoll Erbe, Altpapier, Archiv?	28
Sabine Imeri „Open Data“ in den ethnologischen Fächern	45
Stefan Groth Prinzipielle Verfügbarkeit und strategische Transparenz	60
Ruth Dorothea Eggel Mapping Cyberspaces	80
Julia Fleischhack Ethnografisch (um)denken	94
Martin Munke Citizen Science/Bürgerwissenschaft	107
Isabelle Berens, Lutz Vogel Der Erste Weltkrieg als Medienereignis in der Region	125
Walter Fanta Musil online total	149
Gertraud Koch Zur „Datafication“ der Wissensproduktion in der qualitativen Forschung	180
Abkürzungsverzeichnis	196